



Parlamentssitzung 27. Juni 2016

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 21.40 Uhr

Vorsitz Markus Willi (SP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Christina Aebischer (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Hans Ulrich Kropf (BDP)
Andreas Lanz (BDP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Cathrine Liechti (SP)
Ruedi Lüthi (SP)

Thomas Marti (GLP)
Heinz Nacht (SVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Stephan Rudolf (BDP)
Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Entschuldigt Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Bernhard Lauper (SVP)

Anita Moser Herren (FDP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Ulrich Witschi (BDP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

9. Energiekonzept Köniz 2025	147
10. 1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"	155
11. 1605 Postulat (Grüne) „SlowUp Region Bern - Köniz macht mit!“	157
Barbara Thür und Beat Haari verlassen die Sitzung. Es sind 32 Parlamentsmitglieder anwesend.....	161
12. 1606 Interpellation (SP Köniz) "Köniz sozial: mit einer Mietfachstelle die Könizer Mieterinnen und Mieter stärken"	161
13. 1614 Interpellation (SVP) "Kosten Tour de Suisse 2015/Tour de France 2016"	162
14. 1415 Postulat (SP, Grüne) „Altes Schulhaus Schliern“	163
15. Verschiedenes.....	165

Begrüssung

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Folgesitzung der Parlaments-sitzung vom 20. Juni 2016.

Es sind 33 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich habe keine Mitteilungen anzubringen.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Markus Willi:

Die Traktandenliste wird genehmigt.

9. Energiekonzept Köniz 2025

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsident Markus Willi: Zur Vorgeschichte: Im Parlament wurde die Synthese des Energiekonzepts am 14. März 2016 vom Parlament an den Gemeinderat zurückgewiesen, verbunden mit dem Auftrag, dem Parlament bis Ende Juni 2016 das Energiekonzept in seiner vollen Form vorzulegen, und die aufgeführten Massnahmen zu priorisieren.

Der Bericht und Antrag des Gemeinderats liegen Ihnen vor. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss erfolgt die Kenntnisnahme.

GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP): Das Geschäft lag im März dem Parlament zur Kenntnisnahme vor und wurde zurückgewiesen. Im März 2016 besuchte ich die DUB anlässlich der jährlichen Verwaltungsbesuche der GPK und hatte die Möglichkeit, Fragen in Bezug auf die Energiestrategie und das Energiekonzept stellen.

Uns liegt nun das Energiekonzept vor und ich bin der Meinung, dass dieses sehr ausführlich und transparent ist. Man zeigt gut auf, wo Lücken bestehen und Massnahmen notwendig sind. Insgesamt sind im Energiekonzept mehr als 90 Massnahmen enthalten. Das Parlament beauftragte den Gemeinderat, die im Energiekonzept aufgeführten Massnahmen zu priorisieren. Uns liegt nun ein Aktionsplan vor, was in der nächsten Zeit an Massnahmen vorgesehen ist. Würden alle Massnahmen aus dem Energiekonzept umgesetzt, bestünden trotzdem Lücken, insbesondere im Bereich erneuerbare Energie bezüglich Wärme. Ein Drittel der Ziele könnten nicht erreicht werden. Beim Strom könnten die Ziele mit grösster Wahrscheinlichkeit erreicht werden, weil dort äussere Einflüsse vorhanden sind. So bietet z. B. die BKW nun standardmässig Strom aus erneuerbaren Energiequellen an. Bei der Mobilität ist eine Beurteilung aufgrund von äusseren Einflüssen schwierig.

Aufgrund des uns Vorgelegten ist ersichtlich, dass relativ viel investiert werden müsste. Das jedoch nicht allein durch die Gemeinde; im Konzept sind zwei Finanzierungsmodelle vorhanden: Das eine sieht vor, bei kantonalen und eidgenössischen Förderungsprogrammen mitzutun, wie z. B. bei der KEGUL, wo bei KLiK Gelder generiert werden können oder beim GEAK des Kantons Bern. Das andere Finanzierungsmodell sieht vor, Gelder aus der Abgabe der BKW, die durch die Gemeinde erhoben werden, zu verwenden. Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass zurzeit nur wenig Mittel für die Umsetzung von Massnahmen vorhanden sind. Man müsse davon ausgehen, dass nicht nur die Ziele nicht erreicht werden, sondern dass beispielsweise Kriterien des Energielabels nicht erreicht werden können. Das Reaudit für die Erreichung des Goldstandards – den die Gemeinde zurzeit hat – findet alle vier Jahre statt, letztmals 2015 und damals wurden nur die Minimalkriterien erfüllt.

In der GPK wurde darüber diskutiert, was alles im Energiekonzept enthalten sein muss und vor allem, von was wir Kenntnis nehmen. Man fragte sich auch, ob die 90 Massnahmen zum Energiekonzept gehören. Diese Diskussion war intensiv und man wurde sich nicht einig. So stellte sich beispielsweise die Frage, was es heisst, wenn man vom Energiekonzept zustimmend Kenntnis nimmt.

Würden wir damit akzeptieren, dass die Massnahmen nicht umgesetzt werden können? Akzeptieren wir damit, dass die Ziele der kantonalen Vorgaben nicht erreicht werden können? Stimmen wir damit indirekt auch zu, dass beim nächsten Reaudit die Gefahr besteht, das Energie-Goldlabel zu verlieren? Bedeutet eine allfällige ablehnende Kenntnisnahme, dass man mit den vorgeschlagenen Massnahmen nicht einverstanden ist?

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Stimmen zustimmend, mit 1 Stimme teilweise zustimmend und mit 2 Stimmen ablehnend, Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025 zu nehmen. Ein GPK-Mitglied war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

Fazit: Wenn der aktuelle Gemeinderat – da von fünf Gemeinderäten vier nicht mehr für die nächsten Wahlen antreten können – die Umsetzung nicht mehr in der laufenden Legislatur vornimmt, wird dem neuen Gemeinderat ein Scherbenhaufen hinterlassen. Es ist noch nicht bekannt, ob die Ziele dann auch erreicht sind. Zurzeit liegt auch kein Finanzierungsplan vor.

Mich interessieren ausserdem die Folgen im Zusammenhang mit den geplanten Zielen: Im Konzept ist enthalten, dass Förderungsmassnahmen vorgesehen sind, die dem Parlament demnächst vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, dass uns dies noch in der laufenden Legislatur vorgelegt wird. Ist „demnächst“ noch in diesem oder im nächsten Jahr? Mich interessiert vor allem auch, welche Fördermassnahmen vorgesehen sind.

Ich habe nun die Diskussionen aus der GPK hier zusammengefasst. Die Frage ist, ob man vom Konzept zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen soll, wenn die im Konzept enthaltenen Massnahmen nicht umgesetzt oder die Ziele nicht werden können.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Aus der GPK-Debatte erlaube ich mir einige Ergänzungen und Klarstellungen:

Beim Ihnen vorliegenden Energiekonzept Köniz 2025 handelt es sich um eine interessante Grundlagenstudie, die aufzeigt, welche Massnahmen für die Zielerreichung unserer Energiestrategie 2010 - 2035 nötig wären. Das Energiekonzept ist somit das Bindeglied zwischen den Zielen, die wir uns in der Energiestrategie gegeben haben und dem alljährlichen Massnahmenplan Energiestadt, mit dem die Massnahmen umgesetzt werden. Mit der Motion wurde der Gemeinderat beauftragt zu zeigen, ob Ziellücken vorhanden sind oder ob die Ziele mit den Massnahmen und den Massnahmenplänen überhaupt erreicht werden können. Das kann nun dem vorliegenden Energiekonzept entnommen werden. Ersichtlich ist nun, ob wir uns auf Zielkurs befinden und welche Massnahmen zur Zielerreichung führen würden. Es wird auch aufgezeigt, welche Massnahmen die grösste Wirkung erzielen und welche das beste Kosten-/Nutzenverhältnis haben. Aus dem Energiekonzept geht auch hervor, dass wir uns nicht auf Zielkurs befinden und dass vor allem im Bereich Wärme eine Ziellücke vorhanden ist. Wollen wir die Ziele erreichen, sollte versucht werden, die Massnahmen umzusetzen. Das Energiekonzept zeigt aber auch auf, dass die Gemeinde allein nicht handlungsfähig ist. Das Konzept zeigt auf, wer handlungskompetent ist. Das ist nicht die Gemeinde allein, sondern auch der Bund und der Kanton tragen mit ihren Programmen zur Energiewende und zur Zielerreichung bei. Die Energieziele der Gemeinde Köniz sind nicht einfach so erfunden worden, sondern sie sind abgeleitet aus den Bundesenergiezielen und aus den kantonalen Energiezielen. Hier wird theoretisch aufgezeigt, wo was vorgenommen könnte und müsste, um auf Zielkurs zu sein. Es zeigt Ihnen aber auch die Kosten dafür auf. ABER: Die Gelder dafür sind noch nicht bewilligt. Die für die Umsetzung der Massnahmenplanung vorgesehenen Mittel genügen nicht. Ob dafür mehr Mittel gesprochen werden sollen, ist eine politische Frage. Das bestimmt das Parlament, das finanzkompetente Organ.

Mit dem Konzept wird aufgezeigt, mit welchen drei Massnahmen wir verstärkt energiepolitisch handeln würden. Diese drei Massnahmen, mit denen begonnen werden könnte, haben ein sehr gutes Kosten-/Nutzenverhältnis, sie sind zurzeit aber noch nicht finanziert.

Beim Energiekonzept handelt es sich um eine Grundlagenstudie. Welche Massnahmen daraus abgeleitet werden, ist eine politische Frage.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Besten Dank für das vorliegende Energiekonzept, das nun keine Geheimsache mehr ist. Es handelt sich dabei um die Konkretisierung der Energiestrategie. Das Energiekonzept wird von der Fraktion der Grünen als vorbildlich und wahrscheinlich auch einzigartig beurteilt. Wie im Lehrbuch sind der Ist-Zustand aufgelistet, der Zustand 2025 ohne Massnahmen, der Soll-Zustand 2025 und die Differenz daraus, die Ziellücken. Genau so muss vorgegangen werden. Vorhanden ist auch eine Auflistung der Massnahmen für die Erfüllung der Ziellücken; eine Abschätzung wie viel sie bringen und welche Kosten sie auslösen.

Das erste Fazit des Gemeinderats: Die grösste Ziellücke ist bei der erneuerbaren Wärme und deren Erfüllung ist oberste Priorität. Das zweite Fazit des Gemeinderats: Der Modalsplit Langsamverkehr muss von 10 bis 15 Prozent auf 33 Prozent erhöht werden. In diesem Zusammenhang: Ich war kürzlich an der Eröffnung der ersten Velohauptachse in der Stadt Bern.

Im Bereich Wärmeerzeugung muss die Gemeinde Köniz Verantwortung übernehmen. Die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs auf Könizer Gemeindegebiet wird für Warmwasser und Heizung benötigt und davon stammen nur 6,4 Prozent aus erneuerbaren Energien. Das ist deutlich weniger als der Schweizer Durchschnitt. Die kostbaren Rohstoffe Öl und Gas werden verbrannt, das CO₂ verpufft in die Luft, damit wird der Treibhauseffekt verstärkt. Unsere Enkel, Urenkel und Ururenkel werden sich noch die Haare raufen. Ich sage bewusst Ururenkel, da die Verweildauer von CO₂ in der Atmosphäre ungefähr 120 Jahre beträgt. Sie müssen dann mit den Folgen der globalen Klimaerwärmung mit Klimaflüchtlingen etc. zurechtkommen. Dabei wäre genug Umweltwärme vorhanden, wie auch die Technik für deren Nutzung, ohne CO₂-Ausstoss. Auf Ebene Gemeindeverwaltung ist die Umsetzung des Energiekonzepts auch sehr wichtig. Anlässlich der Diskussionen um die Jahresrechnung ist oft die Rede von der Zeitbombe Zinsbelastung, die zurzeit 3,9 Millionen Franken/Jahr beträgt. Es besteht jedoch noch eine zweite Zeitbombe: Die Budgetposten Wasser, Energie und Heizmaterial in der Höhe von 2,2 Millionen Franken. Wir haben Glück, dass zurzeit sowohl Zinsen als auch Energie sehr billig sind. Sollten sich die Energiepreise jedoch verdoppeln, wird das die Gemeinde teuer zu stehen kommen. Eine Verdoppelung der Zinskosten wäre auch teuer, die Energiekosten werden jedoch sofort rechnerisch wirksam.

Zur Priorisierung der Massnahmen: Der Gemeinderat legt den Schwerpunkt auf die Beratung und das ist in unseren Augen gut. Mit einer guten Beratung können sehr viele dringend notwendige Investitionen ausgelöst werden. Die Förderbeiträge können dem Bund und dem Kanton überlassen werden. Würde dies durch die Gemeinde geleistet, wäre das definitiv zu kompliziert. Die wichtigste Massnahme bei der Gemeindeverwaltung: Es gibt die Weisung O W 2, „Energieeffizientes Bauen und Betreiben, Gebäudestandard 2015“. Das Vorhandensein dieser Weisung ist in meinen Augen wesentlich, weil im Anhang „Gebäudestandard 2015“ enthalten ist, dass die ökologische Nachhaltigkeit ein Entscheidungskriterium in Architekturwettbewerben ist. Damit wird sichergestellt, dass von Anfang an richtig geplant wird.

Mit dem Energiekonzept verfügt die Gemeinde Köniz über ein einzigartiges Instrument. Zuhinterst im Bericht ist festgehalten, dass für die Erfüllung der Ziellücken 3,8 Millionen Franken pro Jahr notwendig sind. In der Realität werden 0 Franken pro Jahr zur Verfügung gestellt. Es ist paradox: Das Energiekonzept ist wie ein Flugzeug auf der richtigen Flughöhe, aber ausgerechnet dafür wird kein Treibstoff bereitgestellt.

Die Fraktion der Grünen nimmt zustimmend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt ablehnend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025. Dies nicht weil wir der Meinung sind, dass es schlecht verfasst ist, und auch nicht aus denselben Gründen wie von Ruedi Lüthi ausgeführt.

Ich gebe die Beweggründe für diesen Entscheid der SVP-Fraktion bekannt: Die Gemeinde Köniz ist Energiestadt, das ist gut. Was nützt uns das jedoch persönlich? Die Grundlagen im Energiekonzept sind gut. Ich bin jedoch der Meinung, dass für die Erstellung des Konzepts viele gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen worden sind, weil ein solches Konzept nicht in ein bis zwei Wochen erarbeitet werden kann. Schade finde ich, dass im Energiekonzept nicht aufgeführt ist, dass die Solarwärme 2014 in der Schweiz einen Zuwachs von 8,3 Prozent hatte. Es handelt sich somit um die einzige Alternativenergie in der Schweiz, die einen Zuwachs verzeichnen kann. Der grösste Aufsteller ist für mich weit hinten im Konzept zu finden. Dort steht, dass der Inhalt nicht belehrend vermittelt werden soll, sondern mit einem Fingerzeig oder mit einem Augenzwinkern. Ich verstehe dies dahingehend, dass nicht immer alles vorgeschrieben werden soll, sondern dass man mit den Leuten reden soll.

Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist Folgendes negativ: Für das 70-seitige Werk wurde wahrscheinlich am meisten Energie für die Erarbeitung des Konzepts benötigt. Hier könnte vielleicht Energie gespart werden. Enthalten sind sehr viele Doppelspurigkeiten mit Bund und Kanton. Der SVP-Fraktion fällt auf, dass das Konzept von Theoretikern verfasst worden ist. Arbeitet man draussen, stellt man fest, dass vieles was theoretisch funktionieren sollte, dies in der Praxis oft nicht tut. Ich habe die Frage, ob die Könizer Bevölkerung das Label Goldstadt wirklich braucht, bereits gestellt. Was würde passieren, wenn wir nicht im Besitz dieses Labels wären? Wäre dies wirklich so schlimm? Ich wohne seit 14 Jahren in einem der ersten Gebäude mit Minergie-label in der Gemeinde Köniz. Das Gebäude wurde von der damaligen Gemeinderätin Simonetta Sommaruga eingeweiht, und darauf bin ich immer noch stolz. Ich habe etwas Fördergelder erhalten, Energie gespart habe ich jedoch mit diesem Label nicht.

Ich hatte die Idee für die Realisierung und das Label kann dafür gut sein, dass man die Richtlinien sieht, um zu einem Ziel zu gelangen. Wer jedoch weiss, um was es geht, braucht kein Label.

Im Energiekonzept ist die sehr oft die verpönte Ölheizung enthalten. Aufgeführt ist jedoch nicht, dass diese alle zwei Jahre durch die Gemeinde auf Herz und Nieren geprüft werden und wenn die Leistung nicht mehr als sehr gut betrachtet wird, werden sie entsprechend abgesprochen.

Fraktionssprecher Toni Eder (Mitte-Fraktion): Die Mitte-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats und nimmt zustimmend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025.

Zu den Unterlagen und zum Antrag: Salat kann in der Küche gemischt werden, aber nicht in einer Vorlage ans Parlament. Die geführten Diskussionen anlässlich der GPK-Sitzung und die einleitenden Worte als Erklärungen machen es uns nicht einfach. Der Antrag lautet: „Das Energiekonzept Köniz 2025 wird zur Kenntnis genommen.“ Der Bericht des Gemeinderats beginnt mit dem Titel 1. Ausgangslage. Der Text dazu ist klar. Danach folgt der Titel: 2. Energiekonzept Köniz 2025. Handelt es sich dabei um das Energiekonzept oder um eine Zusammenfassung desselben? Der dritte Titel lautet: Priorisierung der Massnahmen. Gehört dies zum Energiekonzept oder nicht? Würde dies zum Konzept gehören, würde es sich um ein Unterkapital handeln. Das kommt jedoch aus dem Bericht nicht klar hervor. Bei den aufgeführten Massnahmen ist vieles unklar. Werden die Massnahmen umgesetzt? Wenn ja, wie? Auf Seite 3 ist festgehalten: „Die Umsetzung dieser Massnahmen wird nach Massgabe der zur Verfügung stehenden internen und externen Ressourcen (design to cost) erfolgen.“ Kapitel 4 lautet Weiteres Vorgehen. Zum Schluss erfolgt der Antrag des Gemeinderats, vom Energiekonzept Köniz 2025 Kenntnis zu nehmen. Das Energiekonzept ist jedoch erst im Anhang zu finden, d. h. wir sollen vom Anhang Kenntnis nehmen. Das ist in meinen Augen der zu Beginn meines Votums genannte Salat. Wir nehmen nicht Kenntnis vom Bericht und Antrag des Gemeinderats, sondern vom Anhang, d. h. vom Energiekonzept. Ich gebe ein erstes Beispiel: Ich frage mich, weshalb die Gemeinde mit privaten, von der Gemeinde bezahlten Ingenieuren Unterstützung bieten soll, z. B. beim Ersatz von Elektroheizungen. „Die umfassende Vorgehensberatung hat zum Ziel...“ Eine umfassende Vorgehensberatung ist nicht die Aufgabe einer Gemeinde. Wenn die Gemeinde Geld zur Verfügung hat, solches zu bezahlen, stimmt etwas nicht: Entweder ist zu viel Geld vorhanden oder ein Vorgehensproblem. Wer kommt in den Genuss solcher Beratungen? Unser Haus wird mit einer Wärmepumpe beheizt, wir sind somit ein positives Musterbeispiel, werden jedoch nicht beraten. Weshalb nicht? Das zweite Beispiel ist der „Ersatz von Ölheizungen“: Die Gemeinde will die Koordination bei mehreren Eigentümern übernehmen und engagiert dafür externe Büros. Aus meiner Sicht sind dies eigentlich unmögliche Konstrukte. Wer kommt in den Genuss und weshalb und wer haftet wenn etwas schief geht? Ich stelle fest: Die Gemeinde Köniz verfügt über eine Fachstelle Energie, das ist gut. Die Frage ist, wie gross sie sein muss, denn sie kann jährlich 210'000 Franken verteilen. Neben den erwähnten Beispielen Folgendes: Auch der Bund und der Kanton haben Energiefachstellen und gemäss meinem Staatsverständnis müssen die Rahmenbedingungen derart geregelt sein, dass sich der Bürger optimal verhalten kann. Klar ist, dass die Gemeinde die Kompetenz dazu haben muss, manchmal ist jedoch nicht die Gemeinde zuständig, sondern Bund oder Kanton.

Nun zum eigentlichen Antrag, zum Energiekonzept Köniz 2025: Dieses Konzept ist gut verfasst. Es handelt sich wirklich um eine Richtschnur, um ein Nachschlagewerk, auch für andere Gemeinden. Es ist festgehalten, dass die Gemeinde Köniz die erste Gemeinde ist, die ein solches Konzept erstellt hat. Die externe Erstellung des Konzepts war sicher nicht billig, es ist jedoch etwas Gutes entstanden. Die Ressourcen, bzw. die Zuständigkeit für die Umsetzung der Massnahmen sind oft nicht vorhanden, das ist im Konzept aufgeführt. Das ist oft ernüchternd und wirft die Frage auf, wie die Gemeinde ihre Mittel für die Zielerreichung einsetzen soll. Als Beispiel steht auf Seite 53: „Die Massnahmen mit der höchsten erwarteten Wirkung liegen jedoch nicht oder nur teilweise in der Handlungskompetenz der Gemeinde.“ Oder auf Seite 55, wo man den Eindruck erhält, dass die Gemeinde alles selber machen muss: „Die integrative Kommunikationskampagne kann z. B. genutzt werden, um Schwerpunkte in einem Jahr festzulegen, z. B. Jahr der Sonne, Jahr des Velos o. ä.“ Das sehe ich nicht als Aufgabe der Gemeinde Köniz. Synergien mit Kanton und Bund sind wenig gewichtet. Energie Schweiz hat beispielsweise eine grosse Aufgabe auch für die Beratung der Bevölkerung, von Kantonen und Gemeinden. Man muss dies nur nutzen.

Der Bericht ist sehr systematisch aufgebaut, klar strukturiert und es sind klare Zielrichtungen vorgegeben. Auch das Monitoring, das durchgeführt werden muss, ist nicht vergessen worden. Ein guter Bericht, der jetzt noch gut umgesetzt werden muss. Keine Aktionen, die nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegen und keine Verschiebung von Aufgaben von den Bürgern zur Gemeinde.

Aus diesen Gründen nimmt die Mitte-Fraktion zustimmend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): In der Tat kann der Bericht von zwei Seiten beleuchtet werden: Einerseits formal inhaltlich: Wie ist der Bericht aufgebaut? Ist er übersichtlich, ist er methodisch korrekt, wird der Status quo gut dargestellt? Andererseits die politische Wertung: Wie sind die energiepolitischen Ziele definiert? Wie sollen sie erreicht werden? Welche Massnahmen sind erforderlich? Für die FDP-Fraktion ist sehr wichtig, dass die Massnahmen angemessen sind. Oder sind sie überdreht?

Zum formal inhaltlichen Aspekt: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Bericht gut und gut dargestellt ist. Er ist sehr gut lesbar. Er hat sicher Kosten ausgelöst, was aber auch sein darf. Uns interessiert, ohne dies zu werten, wie teuer die Erstellung des Berichts war.

Die politische Wertung ist für die FDP-Fraktion alles andere als erfreulich: Die Zielsetzungen und Massnahmen inklusive die damit für die Gemeinde verbundenen Kosten würden der FDP-Fraktion klar zu weit gehen. Als Beispiel erwähne ich die energiepolitischen Ziele ab Seite 18, „Senkung Strombedarf auf Niveau 2005“. „Anteil erneuerbar an Strombedarf im Gemeindegebiet 65 % 2025, 80 % 2035“. Ziele betreffend Modalsplit, Beispiel Köniz-Liebefeld auf Seite 25: „Reduktion MIV ca. 35 %“, „Erhöhung Langsamverkehr ca. 50 %“. Das geht uns ganz klar zu weit. Ganz ungemütlich wird es für die FDP-Fraktion dann in der Tabelle ab Seite 32 in der Spalte Kosten Gemeinde: Uns ist klar, dass die Gelder – wie dies gut dargestellt ist – nicht bewilligt sind. Trotzdem: Zählt man diese Beträge zusammen, ist dies aus unserer Sicht ungemütlich. Weitere störende Punkte ab Seite 32 sind: „Informations- und Kommunikationskampagne“, die durch die Gemeinde durchgeführt werden soll. Ein „Energiecoaching, Koordination, Motivation von Gebäudeeigentümern“, „Energieberatung für Unternehmer in der Gemeinde Köniz“. Man muss sich fragen, ob es Aufgaben der Gemeinde sind. Aus unserer Sicht sind dies nicht primär Aufgaben der Gemeinde, sondern eher solche für KMU. Auf Seite 53, sind „Prioritäten und Massnahmenswerpunkte“ aufgeführt: „Umsteigen auf Velo, mehr zu Fuss gehen“, „Umsteigen auf öV“, etc. Das alles geht in unseren Augen in Richtung erzieherische Massnahmen. Beachtet werden darf aber auch, dass der Bericht Erfolge aufzeigt: „Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energien an der Deckung der Wärmenachfrage“ auf Seite 20 „kommunale energiepolitische Ziele“: „Im Bereich Mobilität wird auch ohne kommunale Massnahmen erreicht“, etc. Es läuft somit auch ohne Druck.

Zu guter Letzt die Kosten und die Finanzierungsmechanismen: Folgender Satz ist in unseren Augen störend, ich zitiere: „Es muss laufend sichergestellt werden, dass der Fachstelle Energie zur Bewältigung der neuen Aufgaben genügend Mittel zur Verfügung stehen.“ Es ist die Gretchenfrage: Wer will das? Wollen wir das? Die Feststellung ist jedoch wenigstens ehrlich festgehalten. Bei „Förderabgabe auf Strom“ beginnen bei uns die roten Lämpchen zu leuchten. Hier handelt es sich aus unserer Sicht um versteckte Steuern.

Zusammengefasst: Die FDP-Fraktion ist nicht gegen eine angemessene Energiepolitik. Das Vorliegende geht uns jedoch definitiv zu weit, der Bogen würde damit überspannt. Will der Gemeinderat von Köniz dies wirklich oder handelt es sich um eine Wunschliste?

Die FDP-Fraktion nimmt aufgrund der politischen Wertung – nicht aufgrund der Qualität des Berichts – ablehnend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Bei der ganzen Geschichte handelt es sich eigentlich um eine verkehrte Welt, denn wir nehmen hier Kenntnis von einem technischen Bericht. Zur politischen Schlussfolgerung in jenem Teil, der politisch interessant ist, kann das Parlament keine Entscheide fällen, zumindest jetzt nicht.

Im Namen der SP-Fraktion halte ich fest, dass der Bericht inhaltlich gut ist, vielfältig und uns wertvolle Hinweise liefert, wie auch Datenmaterial in Hülle und Fülle und er lässt zu, dass die Gemeinde Köniz aus der Energieoptik wahrgenommen wird. Er zeigt aber auch klar auf, dass die Bemühungen des Gemeinderats nicht ausreichen, die gesteckten Energieziele zu erreichen. Die SP-Fraktion findet es störend, dass zu den Prioritäten der Massnahmen kein Beschluss gefasst werden kann, da dies in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Wir nehmen trotzdem Stellung im Sinn einer politischen Gewichtung zuhanden des Gemeinderats: Das Hauptproblem aus der Sicht der SP-Fraktion ist die Tatsache, dass der Bericht klare Handlungsnotwendigkeiten aufzeigt, diese aber aus finanziellen Gründen nicht angegangen werden. Es handelt sich um eines der sich in der Zwischenzeit häufenden Beispiele, wo sich die Gemeinde mit dem Hinweis, keine finanziellen Mittel zu haben, auf dem Schlauch steht. Zum Erfolg sind jedoch politische Massnahmen notwendig und dort – das im Gegensatz zu meinem Vorredner – muss die Gemeinde mitsteuern.

Gerne nehme ich deshalb im Namen der SP-Fraktion im Folgenden Stellung zu einzelnen Massnahmen: Die Ersetzung von Elektroheizungen ist zwingend und ebenso zwingend ist es, in

diesem Bereich Gas zu geben. Es ist jedoch aus unserer Sicht ein etwas ohnmächtiges Handeln, da nur beratende gesteuert werden kann. Die bescheidenen 10 Prozent intern und 15 Prozent extern zeigen klar, dass die Steuerung der Gemeinde an einem kleinen Ort ist. Ohnehin fragt sich die SP-Fraktion, ob die Mittel, die für die Beratung ausgegeben werden sollen, in anderer Form – z. B. in Form der Ausrichtung von Fördermitteln – investiert werden sollen. Ersetzt werden müssen die Elektroheizungen sowieso. Es macht in den Augen der SP-Fraktion hingegen Sinn, dass die Gemeinde, wenn in einer Überbauung verschiedene Eigentümer beteiligt sind, als Koordinatorin auftritt. Dies mit dem Ziel, Ölheizungen durch erneuerbare Energieanlagen zu ersetzen. Dort sieht die SP-Fraktion Möglichkeiten. Wir unterstützen auch die Initiierung von Wärmeverbänden, wie z. B. in Schliern. Dieser zeigt auf, dass aus der Arbeit und Koordination der Gemeinde mit Privaten ein grosser Wärmeverbund entstehen kann, der grossmehrheitlich mit erneuerbaren Energien funktioniert. Wir warnen hier aber vor grossen Erwartungen. Die erfolgreiche Realisierung von Wärmeverbänden braucht viel Geschick, einen langen Atem und auch eine Portion Glück. So ist der Wärmeverbund Buchsee unseres Wissens leider durch eine Einsprache blockiert und derjenige auf der Blinzern scheint sich in den unterschiedlichen Interessen der vielen Beteiligten zu verfangen.

Zur Stromproduktion aus Photovoltaik: Um Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern, muss unseres Erachtens mehr gemacht werden. Der Gemeinderat zeigt selber auf, ich zitiere: „Um das Ziel der Energiestrategie auf Verwaltungsebene zu erreichen, müssen aber auch, unabhängig von anstehenden Sanierungen, die Erstellung von Anlagen auf geeigneten Objekten geprüft werden.“ Dass das zukünftige Potenzial bezüglich Sonnenenergie vorhanden ist, zeigt uns der Bericht auf. Der Gemeinde stehen jedoch keine Mittel zur Verfügung, um das Notwendige vornehmen zu können. Wieder steht ein Elefant auf dem Schlauch der Gemeinde. Es wäre schön, wenn dieser Dickhäuter auch nur seinen kleinen Zeh heben würde, um etwas mehr Fördermittel für die Herstellung von Sonnenstrom durchzulassen.

Es ist absehbar: Mit jenen Massnahmen, die der Gemeinderat effektiv umsetzen will, dürften die Ziele des Energiekonzepts nicht erreicht werden. Es bestehen viele gute Absichten, jedoch fehlt es an konkreten Taten. Es könnte – wie gehört – noch schlimmer kommen, weil die zögerliche Umsetzung von Massnahmen bei einer kommenden Rezertifizierung zum Verlust des Labels Energiestadt Gold führen könnte. Im Gegensatz zum Sprecher der SVP-Fraktion, ist die SP-Fraktion klar der Meinung, dass ein negatives Image nicht im Interesse unserer Gemeinde sein kann.

Zum Schluss sei dies gesagt. Es irritiert die SP-Fraktion, wenn ihren beiden Solarmotionen unter anderem mit dem Argument begegnet wird, dass kein neues Reglement gewünscht wird, der Gemeinderat, jedoch einige Sitzungen später ein Reglement für gezielte Fördermassnahmen ankündigt. Wir sind gespannt auf die Argumentation und den Inhalt des Antrags des Gemeinderats.

Aus den obgenannten Erläuterungen geht hervor, dass die SP-Fraktion mit dem Energiekonzept Köniz 2025 zwar durchaus zufrieden ist, wir aber die Umsetzung gemäss Gemeinderat ja sogar als risikobehaftet erachten. In der Summe nimmt die SP-Fraktion daher nur teilweise zustimmend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion wird ablehnend Kenntnis vom Energiekonzept Köniz 2025 nehmen.

Dies deshalb, weil die Massnahmen nicht umgesetzt werden können. Weil wir auch sehen, dass der Gemeinderat – wie uns Gemeinderätin Rita Haudenschild klipp und klar gesagt hat –, die Massnahmen bestimmt. Weil wir erwarten, dass Massnahmen umgesetzt werden können, die uns weiterführen. Dieses uns sehr wichtige Anliegen, würden wir im Energiekonzept erwarten. Wir erwarten Handeln des Gemeinderats, denn wir wollen nicht unzählige Vorschriften und Auflagen, das sehen wir als ein Hinwirken auf Einschränkungen des einzelnen Bürgers. Wir erwarten jedoch, dass der Gemeinderat festhält, was er umsetzt und dafür die entsprechenden Mittel definiert.

Heinz Nacht (SVP): Über was diskutieren wir hier eigentlich? Dazu halte ich Folgendes fest: In der Zeitschrift saldo war zu lesen, dass die Ersetzung einer Ölheizung während eines ganzen Jahres durch eine Pelletheizung, erlaubt, einmal pro Jahr einen Flug innerhalb Europas zu tätigen. Im saldo ist folgender Vergleich enthalten: Wer einmal im Jahr nach Vancouver in Kanada fliegen will, muss sofort auf seine Ölheizung verzichten, darf weder mit dem Auto noch mit dem öV fahren; sondern muss das Velo nehmen oder zu Fuss gehen.

Hinzu gehört auch, dass man kein Fleisch mehr essen, den Tumbler nicht mehr benutzen und kein Mineralwasser mehr trinken darf, sondern nur noch Leitungswasser. Der Strom muss zertifiziert sein und es darf nur noch regionale Biomilch getrunken werden. Wenn all dies berück-

sichtigt wird, darf man einmal im Jahr nach Vancouver und wieder zurück fliegen. Wir diskutieren hier des Öfteren um einige Liter mehr oder weniger Heizöl. Mir wurde gesagt, dass der Verbrauch von Flugbenzin nicht so viel ausmache. Ich habe dies geprüft: 64,2 Prozent des Öls werden für das Heizen verbraucht, die restlichen 35,8 Prozent für Flugpetrol. Wenn jemand behauptet, das sei unwesentlich: Dem ist nicht so. All jene, die nach Frankreich an die EM fliegen: Würde man dies allen verbieten, auch den Fussballern, könnte sehr viel Energie, respektive viel CO₂-Ausstoss eingespart werden. Ich möchte beispielsweise den ökologischen Fussabdruck von Herr Guldimann nicht prüfen.

Ich will Ihnen damit aufzeigen, dass alles mit Mass betrachtet werden muss. Die Bevölkerung der Gemeinde Köniz soll nicht unnötig mit kleinen Dingen belastet werden, die auf das Gros nicht viel ausmachen. Ich behaupte, dass wir in der Schweiz auf einem relativ guten Weg sind. Ich lebe gemäss dem Motto, dass ich versuche meine Kunden davon zu überzeugen, etwas Gutes zu tun, indem sie ihre Häuser gut isolieren. Das ist in meinen Augen zurzeit die wichtigste Massnahme. Die Energiequelle spielt zurzeit eine weniger wichtige Rolle, wichtig ist, dass möglichst wenig Energie verbraucht wird.

Ich habe grosse Mühe mit der Strategie des Kantons, wo man zurzeit – wenn man die mehr als 20-jährige Ölheizung durch eine energiefreundliche ersetzt – dafür 4'000 Franken erhält. Am Haus muss nichts isoliert werden, egal wie schlecht die Isolierung ist. Wie viel das bringen soll, ist mir fraglich.

Ich hoffe, dass Ihnen meine Worte in Erinnerung bleiben und in den zukünftigen Debatten berücksichtigt wird.

Thomas Marti (GLP) trifft ein. Es sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Heinz Nacht machte eine perfekte Auflistung aller CO₂-intensiven Tätigkeiten, die wir haben und damit könnte er bei uns Mitglied werden.

Die Feststellung, dass Fliegen sehr viel CO₂ verursacht, ist richtig. Die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs wird für das Heizen und Warmwasser verbraucht, das schleckt keine Geiss weg. Dafür werden vor allem Öl und Gas benützt, womit CO₂ produziert wird. Mit dem Ersatz der Ölheizungen durch solche, die mit Umweltwärme heizen, kann etwas dagegen getan werden. In der Schweiz ist genügend Umweltwärme vorhanden.

Zu Hanspeter Kohler: Er hat die Ziele kritisiert, die jedoch vor zwei oder drei Jahren in der Energiestrategie festgelegt worden sind. Das Konzept kann nichts dafür, denn dort wird lediglich festgelegt, wie die Ziele umgesetzt werden könnten. Hanspeter Kohler hat zudem noch etwas in meinen Augen Heikles gesagt: Die Beratungen sollen nicht durch die Gemeinde, sondern durch KMU vorgenommen werden. Richtig ist die Feststellung, dass KMU beraten sollen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass derjenige der Ölheizungen vertreibt, eine Ölheizung empfiehlt, dasselbe gilt für die Pelletheizungen oder für Wärmepumpen. Heinz Nacht hat Freude, wenn Öl- oder Holzheizungen empfohlen werden, das gibt ihm Arbeit. In meinen Augen ist es wichtig, dass die Gemeinde berät, denn sie ist unabhängig oder kann zumindest unabhängige Beratungen vermitteln.

Zum Schluss: Zurzeit besteht eine hervorragende Ausgangssituation für die Umstellung des Heizungs- und Warmwassersystems: Die Hypothekarzinse sind so tief wie noch nie. Hier könnten durch die Gemeinde beispielsweise Finanzierungsmodelle angeboten werden. Auch für ältere Personen, die in Häusern wohnen, deren Heizungen saniert werden müssen. Wenn diese keine Hypothek mehr erhalten, könnte beispielsweise ein Contracting vermittelt werden.

Ruedi Lüthi (SP): Ich habe auf die Debatte über die Energiestrategie zurückgeschaut. Diese fand vor sechs Jahren statt und schon damals verliefen die Diskussionen ähnlich wie jetzt. Eine der grössten Kritiken war damals, dass keine Priorisierung der Umsetzungsmassnahmen vorgenommen worden ist. Die heute geführte Diskussion ist nicht sehr neu und erstaunt nicht.

Zu Heinz Nacht: Vielleicht mag es Zufall sein, denn ich esse kein Fleisch, trinke regionale Bio-milch und war letztes Jahr in Vancouver.

Hans-Peter Kohler (FDP): Ich wurde auf meine scheinbar heikle Äusserung in Bezug auf die Energieberatungen angesprochen. Hansueli Pestalozzi hat gesagt, dass es richtig ist, wenn KMU beraten, aber diese seien nicht alle unabhängig. Es gibt aber KMU die in alle in diesen Bereichen beraten können. Ich gehe nicht zum Ölheizungsfachmann und lasse mich für Solar-energie beraten. Wichtig ist aber folgender Punkt: Was ist Gemeindeaufgabe?

Was muss eine Gemeinde mit den Steuergeldern leisten und was nicht? Diese Frage müssen wir uns immer wieder stellen und sie muss auch bei Energiefragen gestellt werden. Es gibt aus-

serdem genügend Fachpersonen, die in allen Bereichen beraten können, ohne etwas verkaufen zu wollen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Die Diskussion verlief sehr spannend. Heinz Nacht brachte die Diskussion in meinen Augen auf den Punkt: Energiepolitik ist Klimapolitik, das hängt aufs engste zusammen. Heinz Nacht hat aufgezählt, was man soll und was nicht. Genau deshalb – das ist das Fazit: Ja, es ist Aufgabe einer Gemeinde zu unterstützen, was Bund und Kanton in ihrer Politik vorgeben. Die Gemeinden sind durch die kantonale Energiegesetzgebung verpflichtet, Bund und Kanon in der Energiepolitik zu unterstützen. Das ist dort explizit genannt und die Gemeinden sind erwähnt. Zurzeit läuft die Revision des Bundesenergiegesetzes, die Energiestrategie ist in National- und Ständerat in Beratung. Es gibt immer noch einige Punkte, die nicht bereinigt sind. Aber auch in der bundesrätlichen Energiegesetzgebung und in der Energiestrategie des Bundes sind die Gemeinden als dritte Staatsebene als Akteure explizit erwähnt. Gemeinden müssen dort, wo sie handlungsfähig sind, die bundesrätliche Energiepolitik unterstützen. Ja, Gemeinden müssen mittun und der Bund hat bereits vor 15 Jahren ein für Gemeinden ausserordentlich gutes und wirkungsvolles Programm in die Wege geleitet: Über Energie Schweiz hat er das Energiestadt-Programm ins Leben gerufen. Die Gemeinde Köniz ist seit 15 Jahren Energiestadt und dies genau deshalb, weil sie seit 15 Jahren eine gezielte, fortschrittliche Energiepolitik betreibt, die alle Sektoren abdeckt; weil Köniz eine Gemeinde ist, die handelt, aber auch selber Vorbild ist. Ja, es ist Aufgabe der Gemeinde dort zu handeln, wo sie kann und das ist vor allem in den Bereichen Information, Handlungsmöglichkeiten für die Akteure, Abklärungen. So käme beispielsweise kein Wärmeverbund zustande, wenn die Gemeinde die Vorabklärungen nicht bezahlen würde. Die Gemeinden sind verpflichtet, Anreize zu geben, wie z. B. mit einer Duschbrausen-Aktion. Die Gemeinden müssen auch koordinieren; das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Der Wärmeverbund im Buchsee wurde vorhin genannt, dieser ist noch nicht vom Tisch. Es ist jedoch eine schwierige Geschichte. Wenn ein Grossverbraucher aussteigt, kann der Wärmeverbund nicht zustande kommen. Hier wird die Gemeinde einbezogen, sie muss koordinieren, informieren, zusammen mit den BKW und mit den interessierten Hauseigentümern. Eine weitere wichtige Aufgabe ist, dass die Gemeinde Grundlagen bereitstellen muss. Wer sonst würde dies übernehmen?

Das Energiekonzept kostete 40'000 Franken. Es ist teuer, dies aber auch wert. Wir müssen weitere Grundlagen zur Verfügung stellen. So ist die Gemeinde Köniz beispielsweise eine der ersten Gemeinden, die einen Solarpotenzialkataster erstellt hat. Das ist eine wichtige Grundlage für jeden Privaten, für jedes Unternehmen, die Solarenergie auf ihrem privaten Dach gewinnen wollen. Heinz Nacht weiss was seine Kollektoren hergeben, weil er auf unserem Solarpotenzialkataster schauen kann, wie viel ein Kollektor an Wärme produziert. Selber muss die Gemeinde schauen, wo sie mit ihren Schulanlagen steht. Es wird eine Energiebuchhaltung vorgenommen, auch das gehört zu ihren Aufgaben.

Wir sind mit unserem neuen Programm „Könizer KMU sind klimaaktiv“ im zweiten Jahr mit den KMU Köniz. Das Programm ist ein Erfolg. Die Könizer KMU sind sehr interessiert, ihre sehr grossen Leistungen untereinander austauschen zu können. Wer bietet die zielgerichtet auf Energie- und Klimapolitik ausgerichtete Plattform dazu? Das muss die Gemeinde anbieten. Deshalb hat die Gemeinde die Anschubfinanzierung vorgenommen. Diese Plattform wird bereitgestellt, es gibt eine Vernetzung. Das nächste ist eine Berichterstattung Ende Jahr, in welcher die Leistungen zusammengefasst werden. Es ist Absicht der Gemeinde, in zwei bis drei Jahren aus dem Programm auszusteigen und dieses den KMU zu überlassen. Die Gemeinde hat jedoch die Aufgabe, den Anstoss zu geben.

Zu den Voten: Hansueli Pestalozzi hat erwähnt, dass der Energiefachstelle 0 Franken pro Jahr zur Verfügung stehen. Der Energiefachstelle stehen jedoch 200'000 Franken zur Verfügung. Zusätzliche Mittel werden beispielsweise von der Abteilung Verkehr bereitgestellt. Das Velowegkonzept und die Umsetzung passieren nicht bei uns, sondern bei der Fachabteilung. Desgleichen bei der Abteilung Gemeindebauten: Der Entscheid über den Energiestandard bei Sanierungen von Schulanlagen und ob Photovoltaikanlagen realisiert werden oder nicht, die Mittel dafür sind im Budget der Abteilung Gemeindebauten eingestellt. An der Umsetzung sind somit mehrere Direktionen beteiligt.

Zu Heinz Nacht: Ich versuchte zu erklären, was Energiestadt nützt. Mittlerweile leben ca. 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung in einer Energiestadt. Das sind jene fortschrittlichen Städte, die die Klima- und Energiepolitik des Bundes seit Jahren umsetzen. Heinz Nacht hat gesagt, dass am Energiekonzept Theoretiker gearbeitet haben.

Das Gegenteil ist der Fall: Am Konzept haben Praktiker gearbeitet. So wurden beispielsweise Energiestadt-Leute aus Luzern eingeladen.

Zu Toni Eder: Der Antrag ans Parlament ist ein normal aufgebauter Antrag an das Parlament, bestehend aus Bericht und Beilage. Die umfassende Studie Energiekonzept Köniz 2025 war die Beilage zum Bericht des Gemeinderats.

Vom Gemeinderat wurde im März verlangt, dass er priorisieren soll. Unter Punkt 3 im Bericht ist die Priorisierung der Massnahmen zu finden.

Zu Hanspeter Kohler: Ich versuchte zu erklären, dass auch Informationstätigkeit, die wir nicht selber leisten, Aufgabe der Gemeinde sein kann. Wir versuchen fortschrittlich zu sein, auch das kann, neben der Vorbildwirkung, Aufgabe der Gemeinde sein.

Zu Christian Roth: Wir haben geortet, dass die grösste Lücke im Bereich der Wärme vorhanden ist und nicht im Bereich Strom. Mit der Umstellung der BKW auf Blaustrom, d. h. dass jeder Haushalt im Kanton Bern Energie aus erneuerbaren Quellen aus der Steckdose beziehen kann, ist eine Lücke geschlossen worden. Ausserdem kauft die Gemeinde Köniz für ihre grossen Objekte samt und sonders noch ökologischeren Strom ein.

Zu Thomas Frey: Es sind keine weiteren Vorschriften mehr geplant. Die Bevölkerung hat uns vor einem Jahr den Weg gewiesen, das wird selbstverständlich respektiert. Die Massnahmen sind vor allem Anreize, Information und Koordination. Wir gehen mit Fachpersonen, mit unserem externen Energieberater vor Ort, das ist das A und O unserer Energiepolitik und deshalb ist diese auch erfolgreich.

Ich danke für die Diskussion und bitte Sie, vom Energiekonzept Köniz 2025 Kenntnis zu nehmen.

Ruedi Lüthi (SP): Ich habe folgende Frage gestellt: Im Bericht ist enthalten: „Im Zusammenhang mit den geplanten gezielten Fördermassnahmen ist vorgesehen, dem Parlament demnächst ein entsprechendes Reglement vorzulegen.“. Wann ist demnächst? Um was für ein Reglement wird es sich handeln?

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Der Gemeinderat hält im Bericht fest, dass zurzeit keine zusätzlichen Mittel eingestellt sind und deshalb in der nächsten Zeit keine Fördermassnahmen ausgerichtet werden können. Das Reglement wird dann nötig sein, wenn wie z. B. vorgenommen, ein GEAK mitfinanziert wird. Zurzeit ist ein Reglement nicht zwingend und dringend, weil keine solchen Massnahmen geplant sind. Wir überlegten uns, ein allgemein gefasstes Reglement auszuarbeiten, das mehrere Massnahmen zulassen würde, d. h. eine Kleinstunterstützung, damit nicht immer das Parlament für kleinste Massnahmen behelligt werden muss. Da keine Mittel dafür eingestellt sind, ist ein Reglement zurzeit nicht geplant. **Beschluss**

Das Energiekonzept Köniz 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen zustimmende, 8 Stimmen teilweise zustimmende, 14 Stimmen ablehnende Kenntnisnahme.

10. 1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Ruedi Lüthi (SP): Zuerst zitiere ich aus dem Bericht des Gemeinderats vom 29. April 2016: „Mit der am 29. April 2013 vom Parlament erheblich erklärten Motion wird der Gemeinderat beauftragt, im Minimum ein Viertel der Gelder, welche die Gemeinde jährlich von der BKW erhält, in Massnahmen für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie zu investieren.“ Mit der Motion wurde nicht verlangt, zusätzliche Mittel zu beschaffen. Ich war etwas überrascht als ich sah, dass bei der Aufgabenüberprüfung im Zusammenhang mit der BKW-Abgabe plötzlich Einnahmenerhöhungen vorgenommen worden sind. All das haben wir mit der Motion nicht verlangt. Wir wollten keine neue Spezialfinanzierung, auch keinen Höchstbetrag festlegen, sondern wir verlangten einen Viertel der Gelder aus der Abgabe der BKW. In der Rechnung 2014 betragen die BKW-Abgaben 2,094 Millionen Franken. Der Gemeinderat hat bereits 2015 anlässlich der Beratungen dazu festgehalten, dass der Betrag tiefer sein werde und im Budget wurden 30 Prozent weniger Einnahmen budgetiert. Effektiv waren die Einnahmen 15 Prozent tiefer; letztes Jahr erhielten wir noch 1,75 Millionen Franken.

Wenn davon ein Viertel investiert wird, macht das rund 440'000 Franken aus. Die Fachstelle investiert jährlich 210'000 Franken. Es geht um die Sicherheit, dass diese Mittel nicht nur in die allgemeine Kasse fliessen, sondern dass mit diesen Mitteln auch Energieeffizienzmassnahmen getroffen werden und dass in erneuerbare Energien investiert wird.

Der Gemeinderat beantragte bereits 2013 die Erheblicherklärung der Motion als Postulat. Mit 23 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen erklärte das Parlament die Motion erheblich. Jetzt wird die Motion wie ein Postulat behandelt. Der Gemeinderat sagt, es sei zurzeit nicht möglich und deshalb werde nicht umgesetzt. Eine Motion ist jedoch ein Auftrag und nicht nur eine Prüfung. Ich habe grosse Mühe, wenn die demokratischen Regeln nicht eingehalten werden. Es geht hier nicht um einen Betrag, sondern um Folgendes: Wenn der Gemeinderat vom Parlament einen Auftrag erhält, ist dieser entsprechend den Regeln umzusetzen. Wenn wir heute der Abschreibung zustimmen, kann der Gemeinderat in Zukunft bei jeder Motion Antrag auf Abschreibung stellen, wenn er der Meinung ist, dass die Motion nicht erfüllt werden kann.

Deshalb bitte ich Sie, der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung nicht zuzustimmen. Das betrifft vor allem jene Parlamentsmitglieder, die die Motion damals unterzeichnet haben. Für jene, die die Motion damals nicht unterzeichnet haben, ist die Ablehnung der Abschreibung auch wichtig. Dies vor allem mit Blick auf zukünftige Motionen, denn sie können dieselbe Erfahrung auf Nichtumsetzung einer Motion machen.

Ich finde es bedenklich, wenn der Gemeinderat einen Auftrag nicht umsetzt. Der vom Gemeinderat angebrachte Vorschlag auf Erhöhung der Abgaben um 150'000 Franken war nicht verlangt. Es geht um den Viertel der Gelder aus der BKW-Abgabe, die in Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien investiert werden sollen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Das Energiekonzept ist wie ein gegroundeter Erstklass-Flieger. Die vorliegende Motion würde es erlauben, wenigstens einen Teil der notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit das Energiekonzept wirklich zum Fliegen kommen und Wirkung entfalten könnte. Ich meine damit jene Massnahmen, welche im Bericht des Gemeinderats als prioritär aufgelistet worden sind. Es handelt sich um nicht finanzierte 470'000 Franken. Hier sprechen wir wenigstens von 150'000 Franken.

Ich bin der Meinung, diese Mittel sind notwendig und das Geld ist vorhanden. In der Aufgabenüberprüfung des Gemeinderats ist eine Erhöhung der Abgaben auf Strom um 0,4 Rappen pro Kilowattstunde vorgesehen. Das bringt gemäss Auskunft der Gemeindeverwaltung gegenüber dem Budget 2016 Mehreinnahmen von 350'000 Franken. Von diesen 350'000 Franken können 200'000 Franken in die Aufgabenüberprüfung gesteckt werden und es wären immer noch 150'000 Franken für die Finanzierung der Massnahmen der Energiestrategie übrig.

Die Erheblicherklärung der Motion war ein Parlamentsbeschluss, dem sich der Gemeinderat mit seinem Antrag verweigert. Es geht hier also auch um die Glaubwürdigkeit des Parlaments.

Ich zitiere Art. 61 des Geschäftsreglement des Parlaments: „Erheblich erklärte Motionen und Postulate sind vom Gemeinderat so rasch als möglich, längstens aber innert zwei Jahren seit der Erheblicherklärung zu erfüllen.“ Etwas anderes ist nicht festgehalten und der Auftrag muss umgesetzt werden. Man kann sagen, dass der Beitrag an das Sparprogramm geleistet wird, mehr als 50 Prozent der Erhöhung der Gemeindeabgaben auf Strom fliessen in die Gemeindekasse. Der Teil von 150'000 Franken soll dem Gebührenzahler in Form der Massnahmen wieder zugutekommen, und schlussendlich sollen so weniger Energiekosten entstehen. Das ist unter anderem beim Ersatz von Elektroheizungen sehr wichtig.

Die Fraktion der Grünen wird deshalb die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung der Motion einstimmig ablehnen. Wir sind ausserdem dafür, dass mindestens 150'000 Franken in die Massnahmen des Energiekonzepts investiert werden, wie im vorhergehenden Traktandum diskutiert.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich danke Hansueli Pestalozzi für die Zitierung von Art. 61 des Geschäftsreglements des Parlaments. Dazu gilt es festzuhalten, dass die Erfüllungsfrist der Motion erst im Mai 2017 ablaufen wird. Es wäre deshalb möglich, hier noch zu reagieren.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion ist erstaunt über den Umgang des Gemeinderats mit der vorliegenden Motion. Wir verstehen den Unmut von Ruedi Lüthi. Hier läuft etwas falsch.

Unsere Position in Sachen Energie ist klar: Wir sind für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie. Wir unterstützen wenn immer möglich, alle Bestrebungen für die Gewinnung von erneuerbaren Energiequellen.

Es liegt ein Energiekonzept vor, das die Lücken klar aufzeigt. Hier liegt uns eine Motion vor, mit welcher ein Teil dieser BKW-Gelder zweckgebunden z. B. für die Förderung von erneuerbaren Energiequellen eingesetzt werden soll. Wir sind der Meinung, dass gehandelt werden muss, es ist wichtig.

Die BDP-Fraktion wird die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung der Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Reto Zbinden (SVP): Die SVP-Fraktion ist wie der Gemeinderat der Meinung, dass die aktuelle Finanzsituation es nicht zulässt, die angesprochenen Gelder für die Massnahmen zu verwenden. In der Motion ist klar festgehalten, dass keine zusätzlichen Steuern und Spezialfinanzierungen generiert werden sollen. Die Gelder würden den Druck darauf erhöhen, was die SVP-Fraktion unter keinen Umständen unterstützt. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde die Mittel aus der BKW-Abgabe besser in konkrete Projekte und Massnahmen investieren soll; wir denken z. B. an einen durch die Gemeinde – vielleicht mittels Contracting – betriebenen Wärmeverbund. Die daraus generierten Mittel könnten dann wiederum für die Förderung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Der Gemeinderat soll weiterhin die Möglichkeit haben, im ordentlichen Budgetprozess gezielte Energiemassnahmen umzusetzen. Mit der vorliegenden Motion würden Gelder ohne konkretes Ziel festgesetzt.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung der Motion zu.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Zur Klärung: Mit Stand 31. Dezember 2015 haben wir von den BKW 1,4 Millionen Franken erhalten, d. h. wir sind von diesem Stand ausgegangen. Ein Viertel davon sind 350'000 Franken, die mit der Motion gefordert sind. Es war Absicht des Gemeinderats, zusätzlich zu den 210'000 Franken noch 150'000 Franken im Budget 2017 einzustellen. Anlässlich der Budget- und Finanzdebatte, die seit Frühjahr geführt wird, wurde dem Gemeinderat klar, dass dies schwierig ist. Der Gemeinderat ist deshalb davon abgekommen, im Budget 2017 die zusätzlichen 150'000 Franken einzustellen.

Toni Eder (CVP): Eine Frage: Wenn es heisst, „zur Förderung einzusetzen“? Gilt dies nur für die 210'000 Franken aufgestockt als Förderung, Beratung, usw.? Vorhin wurde erwähnt, dass die Mittel welche von der Gemeinde sonst zur Förderung von erneuerbaren Energien in den Bereichen Bau und Verkehr eingesetzt werden, hier nicht eingerechnet sind. Wenn es heisst, „zur Förderung“, könnten diesen miteingerechnet werden und die Motion wäre in diesem Sinn erfüllt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Der Motionär äusserte sich in der Motion klar, das kann dem entsprechenden Parlamentsprotokoll und dem Motionstext entnommen werden. Die Absicht haben wir dahingehend interpretiert, dass das Budget der Energiefachstelle um 150'000 Franken – ein Viertel der BKW-Abgaben – erhöht wird. Mit dem Bericht zum Energiekonzept haben wir Ihnen aufgezeigt, wo wir die prioritären Massnahmen sehen. Das ist vor allem in der Beratung, im Coaching vor Ort und das betrifft die Fachstelle Energie.

Beschluss

Die Motion wird nicht abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen gegen Abschreibung, 11 Stimmen dafür.

11. 1605 Postulat (Grüne) „SlowUp Region Bern - Köniz macht mit!“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Christina Aebischer (Grüne): Im Sommer 2016 werden in der Schweiz 20 SlowUp's durchgeführt. Es gibt kaum mehr jemanden, dem der Begriff SlowUp unbekannt ist. Es gibt auch verschiedene Gründe, weshalb man sich von SlowUp angesprochen fühlen kann: Sei aufgrund des Events-Charakters, des Freizeitsports oder weil man in einer schönen Landschaft unterwegs ist. Vielleicht auch wegen der Erinnerung an die autofreien Sonntage in den Siebzigerjahren, an die energie- und verkehrspolitischen Aussagen, die die einen oder anderen hier im Saal noch miterlebt haben.

Dass das Postulat von 23 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet worden ist, zeigt die hohe Akzeptanz dieser Veranstaltungen. Wenn sich Bern und Münsingen für einen SlowUp zusammenschliessen, liegt es auf der Hand, dass die Gemeinde Köniz hier auch mitzieht.

Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht und die Aufnahme des Dialogs mit der Stadt Bern. Ich sehe den Bericht und die ersten Abklärungsschritte auch als grundsätzliche Zustimmung seitens der Gemeinde Köniz, dass man hier mittun will. Angesichts der Vorschläge bezüglich Streckenführung und den geäusserten Bedenken zu den Kosten, ist jedoch nicht ganz klar, ob der Gemeinderat will oder ob er nicht will. Die Streckenführung ist an einem SlowUp sehr wichtig. Genau diese kann einen SlowUp attraktiv machen und hier sehen wir ein gewisses Optimierungspotenzial. Ich stelle die Frage: Wie kommt man auf die zwei vorgeschlagenen Varianten? Auf der Karte führt der rote Strich am Veloweg vorbei. Fährt man diesem Weg entlang, gelangt man nicht auf die schöne Veloroute von Wabern aufwärts. Danach weiter durch ein Wohnquartier radeln, das zum Wohnen sicher schön ist, ist zumindest für mich nicht das, was ich mit von einer Velotour am Sonntag vorstelle. Ich weiss nicht, ob diese Route genau den Mehrwert bringt, damit man die schönen Landschaften der Gemeinde Köniz kennenlernen kann. Auch die Idee mit dem Eventplatz Lerbermatt ist nicht ganz nachvollziehbar, weil dieser ab vom Schuss der hier vorgeschlagenen Route wäre. Wir begrüssen die Idee eines Eventplatzes auf Boden der Gemeinde Köniz, dieser müsste sich jedoch an einem anderen Ort befinden, z. B. in der Wandermatte. Die Wandermatte läge an einem günstigeren Ort in Bezug auf die Route, es gäbe keine Querung der Seftigenstrasse, die Steigung wäre weniger steil und es wäre auf gemeindeeigenem Boden mit gemeindeeigener Infrastruktur.

Es bleibt aus unserer Sicht ein Faktum, dass die bestmögliche, weil schönste, Strecke zwischen Bern und Münsingen das Köniztal wäre. Wir möchten doch sehr anregen, dass diese Strecke wieder in die Planung aufgenommen wird und dass man dies nochmals vertieft betrachtet.

Zu den Kosten: Für die Durchführung eines solchen Anlasses werden Kosten ausgelöst, das ist klar. Wir sind der Meinung, dass es etwas kosten darf, weil ein SlowUp der Region Bern einen Mehrwert bringen kann. Bei vielen anderen Anlässen sieht man, dass Köniz viele Vereine hat, viele Freiwillige, die hier sicher für die Bewirtschaftung auf dem Eventplatz oder für die Streckensicherung miteinbezogen werden könnte. Wir sind der Meinung, dass hier noch Potenzial vorhanden ist, damit die Kosten tief gehalten werden können.

Der Gemeinderat schlägt die Erheblicherklärung des Postulats vor. Ich erkläre mich damit einverstanden, hoffe aber auch, dass der Anlass weiter aktiv verfolgt wird und dass nicht ein weiterer Bericht das Resultat sein wird.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Damit sich die nachfolgenden Votierenden nicht mehr über die Strecke auslassen müssen: Die Strecke durchs Köniztal fällt weg, nicht wegen uns, sondern für die Organisatoren sind auf dieser Strecke zu viele Steigungen enthalten. Der Organisator, die Firma SlowUp, ist sehr strikt, man kann nicht viel beeinflussen. Auch Velowege sind nicht geeignet für diesen Anlass, weil aufgrund der vielen Teilnehmenden Velowege meistens zu eng sind. Deshalb werden von SlowUp Hauptstrassen bevorzugt. Deshalb der kleine Kompromiss, dass die Route durch die grossen Quartierstrassen von Wabern führt, die während dieses Anlasses vollständig abgesperrt werden. Es liegt im Interesse der Gemeinde Köniz, dass nicht Hauptverkehrsachsen für den privaten Verkehr und den öV gesperrt werden. Der Ort für einen allfälligen Eventplatz ist noch nicht festgelegt.

Fraktionssprecher Hans-Peter Kohler (FDP): „SlowUp, die autofreien Erlebnistage in der Schweiz“, kann auf der Homepage gelesen werden. Für einen solchen Anlass werden ca. 30 Kilometer Strasse in einer attraktiven Landschaft benötigt. Man sperrt diese für den motorisierten Verkehr ab und sorgt entlang der Strecke für ein vielseitiges Rahmenprogramm. Daraus entsteht ein Fest. Kombiniert wird es meistens mit „slow Appetit“, das ist die Kombination mit besonders regionalen, saisonalen und ausgewogenen Gerichten. Am SlowUp im Vallée de Joux gibt es beispielsweise verschiedene Käsesorten und Spezialitäten bis hin zur bekannten Waadtländer Saucisson. Das Ganze hat sicherlich Volksfestcharakter. Das geht aus unserer Sicht eher in den Wellness- und Funbereich und hat definitiv nichts damit zu tun, umweltpolitische Zeichen zu setzen. Die Kosten werden mit ca. 40'000 Franken angeführt. Das ist wiederum keine notwendige Aufgabe für die Gemeinde. Ich erinnere mich gut an die autofreien Sonntage in den Siebzigerjahren, aber für diese Erinnerungen muss kein solcher Anlass durchgeführt werden.

Die FDP-Fraktion wird die beantragte Erheblicherklärung des Postulats ablehnen. Es ist unnötig. Die Könizer Exekutive verzichtete aus Spargründen auf die Durchführung des Könizer Volksfestes. Da es sich beim SlowUp in den Augen der FDP um ein Volksfest handelt, ist für uns unverständlich, dass der Gemeinderat den Vorstoss prüfen will.

Fraktionssprecherin Barbara Thür (Mitte-Fraktion): Auch die Mitte-Fraktion diskutierte das Postulat für die Durchführung eines SlowUp. Da in der Schweiz bereits viele solcher Anlässe durchgeführt werden, wollte ich mich im Internet informieren, was dieser Anlass genau ist. Die Anlässe sind gut organisiert und gegen das Geniessen einer fröhlichen Stimmung, einem autofreien Ambiente, usw. kann niemand etwas anführen. Aber: Leider und wahrscheinlich nicht zu Unrecht, fand ich nichts darüber, dass der SlowUp unter die Rubrik Förderung Breitensports geht und dass der Event als Reklame für die Gemeinde in Sachen Langsamverkehr genützt werden könnte; so wie es die Postulanten gerne sehen würden. Aufgrund der Sperrung von Strassen und der erheblichen Verlangsamung des motorisierten Verkehrs wird der Langsamverkehr an einem solchen SlowUp-Tag sicher gefördert. Wir glauben jedoch nicht, dass die Gemeinde Köniz durch einen solchen Event an Attraktivität gewinnt. Die Gemeinde Köniz hat zudem bereits schöne, fast autofreie Strecken, wie z. B. das Köniztal. Dort kann man mit etwas Eigeninitiative zu jeder Zeit einen Spaziergang oder eine Velofahrt erleben.

Sind die Postulanten sicher, dass die fröhliche Stimmung und das vielgepriesene vielseitige Rahmenprogramm nicht die Sicht auf die Natur behindert oder die Ruhe stört? Wer sich nur dank eines Events in der Natur bewegen kann, hat zudem in der Schweiz bereits sehr viele Möglichkeiten, an einem SlowUp teilzunehmen. Natürlich wäre es schön, wenn es gemeindeübergreifende autofreie Ambientes gäbe und die Leute Freude am sich Bewegen haben und in Festlaune versetzt werden. Soll aber die Gemeinde dafür in der jetzigen Finanzlage 40'000 bis 60'000 Franken wiederkehrende Kosten ausgeben? Zu den wiederkehrenden Kosten und der Zuständigkeitsbestimmung scheint es ausserdem noch andere offene Fragen zu geben.

Wir wären einverstanden, wenn die Gemeinde Köniz dem Veranstalter logistische Unterstützung geben und für die Durchführung des Anlasses Hand bieten würde. Die Kosten müssten jedoch hauptsächlich durch private Veranstalter getragen werden.

Mehrere Parlamentsmitglieder der Mitte-Fraktion sind im Herzen für die Veranstaltung, es scheint ihnen jedoch wenig glaubwürdig, wenn nur bei jenen Anliegen gespart wird, welche weniger am Herzen liegen. So sind wir beispielsweise nicht gewillt, bei den Bibliotheken 50'000 Franken zu sparen, welche gleich wieder für die Durchführung eines SlowUp ausgegeben werden.

Die Mitte-Fraktion ist deshalb gegen eine Beteiligung der Gemeinde Köniz an einem SlowUp in dieser Form und wird das Postulat nicht erheblich erklären.

Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP): Die BDP-Fraktion findet den SlowUp –Anlass, wie er seit Jahren am Murtensee durchgeführt wird, grundsätzlich gut. Es gibt bereits ca. 20 SlowUp-Anlässe verteilt über die ganze Schweiz. Wir sehen aus diesem Grund auch keinen unbedingt dringenden Bedarf für einen weiteren SlowUp in der Region Bern.

In Bezug auf die Gemeinde Köniz gilt es festzustellen, dass wir in der momentanen finanziellen Situation nicht für ein Engagement in dieser Form sein können. Eine private Trägerschaft können und wollen wir zurzeit so nicht unterstützen. Die mit dem SlowUp verbundenen finanziellen wie auch personellen Aufgaben sehen wir nicht gerechtfertigt, weil der Nutzen für die Gemeinde nicht ausgewiesen werden kann. Wie sehen keinen Nutzen für die Gemeinde. Eine Investition – wenn schon – in den Langsamverkehr macht wahrscheinlich an anderer Stelle viel mehr Sinn.

Zum Thema Umwelt gehe ich etwas weiter als meine Vorredner und –rednerinnen: Wir sind auch aus Umweltaspekten gegen die Erheblicherklärung des Postulats und gegen einen solchen SlowUp-Anlass auf Boden der Gemeinde Köniz. Wir glauben, dass solche Anlässe Anziehungsmagnete sind, an welche sehr viele beispielsweise mit ihren Autos anreisen werden. Mit der Downhill-Piste für Bikes haben wir am Gurten bereits einen solchen Anziehungsmagneten. Ich bin letzten Sonntag mit dem öV zur Talstation Gurten angereist und habe anlässlich eines Augenscheins im Parking festgestellt, dass sehr viele Autos mit Veloträgern parkiert sind. Diese reisen alle mit dem Auto an, um die Downhill-Piste zu befahren. Genau dies ist eine der Befürchtungen die wir haben.

Aus diesem Grund ist die BDP-Fraktion einstimmig für die Ablehnung der Erheblicherklärung des Postulats. Es handelt sich um ein typisches Beispiel für im Moment nicht notwendige Mehrausgaben.

Fraktionssprecher Mike Lauper (SVP): In der SVP-Fraktion sind die Velofahrenden stark vertreten. Auf den ersten Blick tönt das Anliegen sehr gut. Die Velofahrer der SVP-Fraktion waren begeistert von diesem Anliegen. Will man doch als Gemeinde einem Projekt helfen, das die Bewegungslust in den Vordergrund stellt und das mithelfen kann, die Fitness zu verbessern. Beim Durchlesen des Antrags des Gemeinderats mussten wir jedoch feststellen, dass für die Durchführung dieses Anlasses erhebliche finanzielle Mittel beantragt werden, die so nicht sein müssten.

Uns ist vor allem die 20-Prozent-Stelle, die geschaffen werden sollte, ein Dorn im Auge. Das scheint uns gar viel. Wir sind der Überzeugung, dass mit einem ehrenamtlichen Einsatz einer Gemeinderätin, die nicht im Grossen Rat und zugleich Vorsteherin der betreffenden Direktion ist, ein grosser Teil der Stelle eingespart werden könnte. Uns fehlt der privatwirtschaftliche Ansatz oder Fronarbeit. Der Grossteil der Kosten sollte durch Sponsoring und Einnahmen von den Eventplätzen gedeckt werden können. Es könnte auch ein Trägerverein gegründet werden, der Dienstleistungen, vor allem im Bereich Verkehr, bei der Gemeinde einkaufen könnte und diese Kosten durch Einnahmen bei den Eventplätzen decken könnte.

Aus diesen Gründen gibt die SVP-Fraktion Stimmfreigabe für den Beschluss.

Fraktionssprecher Bruno Schmucki (SP): Ich oute mich: Ich habe bereits an SlowUp teilgenommen. Ich habe das Gefühl, dass ich einer der einzigen bin, der an einem solchen Anlass teilgenommen hat. Wenn man noch nie teilgenommen hat, weiss man nicht, über was man spricht. Ein SlowUp ist ein Event, diese Feststellung ist richtig. An solchen Anlässen nehmen 20'000 bis 30'000 Personen teil. Ich habe an einem Anlass in der Region Hegau teilgenommen, der sogar grenzüberschreitend durchgeführt wird. Ich habe bei procap gearbeitet und wir hatten über Jahre hinweg ein Projekt, das Leute mit Behinderung an die SlowUp bringt. Dieses Projekt ist sehr gut. An den SlowUp-Tagen nehmen diverse Dorfmusik-Kapellen teil, viele Freiwillige, usw. Solche SlowUp haben Mehrfachwirkungen: Man bewegt sich, es gibt soziale Interaktion, Integration und Tourismusförderung. Es handelt sich um interessante und vielfältige Veranstaltungen.

Der Gemeinderat signalisiert in seiner Antwort, dass er alle Forderungen des Postulats bereits erfüllt hat. Man hat Interesse signalisiert. Man hat bereits Streckenführungen ausgearbeitet. Auch der finanzielle Aspekt ist behandelt. Man hat das Gefühl, dass der Gemeinderat bereit ist. Mir scheint es, dass der Gemeinderat zwar am SlowUp teilnehmen will, aber den Teilnehmenden am Schluss keine Glacé spendieren will. Das Problem ist: Auch hier steht – wie Christian Roth bereits erwähnt hat – ein Elefant auf dem Schlauch. Das wiederholt sich immer wieder. Das ist schade, weil genau solche Geschichten entwickelt werden könnten. Der SlowUp Murtensee funktioniert über Jahre hinweg und die Leute nehmen mit Begeisterung teil. Für die Region entsteht ausserdem eine Wertschöpfung, die über den Event hinausgeht.

Aus dieser Sicht ist für die SP-Fraktion klar, das Postulat erheblich zu erklären. Da sämtliche Forderungen erfüllt sind, könnte der Vorstoss sogar abgeschrieben werden. Weil aber der Elefant auf dem Schlauch steht, würden wir einer Abschreibung nicht zustimmen.

Heinz Nacht (SVP): ich bin grosser Fan dieser Anlässe und habe den SlowUp Murten von Anfang an genossen. Leider nehmen dermassen viele Leute teil, dass Velofahren fast unmöglich ist. Ich verstehe Stephan Rudolf nicht, wenn er sagt, es handle sich um keinen Sportanlass. An einem solchen Anlass fuhr ich erstmals auf Inline-Skates und tue dies immer noch.

Ich bringe folgenden Vorschlag an: Wir lassen das Energie-Goldstadt-Label sein und stecken die Mittel in die Durchführung eines solchen Anlasses. Das bringt der Gemeinde Köniz viel mehr an Freude, an Zusammengehörigkeitsgefühl und an Publicity gegen aussen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Beim Lesen der Antwort des Gemeinderats konnten Sie feststellen, dass er es sich nicht einfach gemacht hat. Ob man dies als Elefant-der-auf-dem-Schlauch-steht betrachten kann, ist mir nicht ganz klar.

Der Entscheid ist aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht einfach. Wir haben hier reinen Wein eingeschenkt: Die 40'000 Franken, d. h. rund 1 Franken pro Einwohnender, ist ein Betrag, der von den Organisatoren genannt wird. Mit so viel müssen die Gemeinden sich beteiligen. Theoretisch könnte man der Meinung sein, dass die Route auch ohne finanzielle Beteiligung durch die Gemeinde Köniz führt. Man kommt nicht um die Gemeinde Köniz herum, wenn man von Bern nach Münsingen fahren will. Bei einer allfälligen Durchfahrt würde kein Eventplatz bereitgestellt, keine Verbindung mit den lokalen Vereinen, die sehr stark eingebunden sind. Zur kritisierten 20-Prozent-Stelle: Diese Person würde nicht ein Jahr lang einen Tag pro Woche für diesen Anlass arbeiten, sondern es handelt sich um eine Aufsummierung der anfallenden Stunden. Die Transparentmachung dieser anfallenden Stunden ist nichts anders als ehrlich. Auch die Durchführung der Tour de Suisse Etappen war nicht gratis, wie auch die Tour de France im Juli nicht. Die Frage ist, wer dies bezahlt.

Wenn 30'000 bis 40'000 Personen an solchen Anlässen teilnehmen, macht das 1.50 Franken pro Person aus. Für die einen ist das viel, für andere wenig. Der Gemeinderat hat lange mit sich gerungen. Er steht auch dazu, dass dieser Anlass keine Sportförderung ist, sondern dass es sich um einen Event handelt.

Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass die Velogemeinde Köniz sich mit einem solchen Anlass profilieren kann und beantragt deshalb die Erheblicherklärung des Postulats. Wir diskutierten auch, ob – weil alle Fragen bereits beantwortet sind - Abschreibung beantragt werden kann, haben dies dann jedoch verworfen.

Ich warte gespannt auf die Abstimmung. Der Gemeinderat muss sich – je nach dem - überlegen, was getan werden muss. Die Fragen, die wir hier diskutieren, werden andere Gemeinden auch diskutieren müssen, da es sich um einen Rundkurs handelt. Es ist noch nicht definitiv, dass dieser Rundkurs so zustande kommen wird, wie er vorgeschlagen ist. Einen Plan B gibt es jedoch nicht.

Mathias Rickli (Grüne): Die SlowUp-Anlässe begeistern viele Leute und ich finde es schade, wenn ich hören muss, dass wegen 60'000 Franken – 0,3 Prozent des Gemeindehaushalts – eine solche Diskussion geführt wird. Ich möchte Sie für diesen Anlass begeistern und ich verstehe nicht, weshalb man den Gemeinderat hier nicht machen lässt. Wir könnten damit an einem Event teilhaben, von dem viele begeistert sind und 1.50 Franken pro Teilnehmer ist nicht viel. Ich bitte Sie, hier die Relationen etwas walten zu lassen.

Iris Widmer (Grüne): Ich beantrage Sitzungsunterbruch.

Da mehr als 10 Personen zustimmen, wird die Sitzung für eine Pause von 15 Minuten unterbrochen.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für Erheblicherklärung, 16 Stimmen dagegen.

Barbara Thür und Beat Haari verlassen die Sitzung. Es sind 32 Parlamentsmitglieder anwesend.

12. 1606 Interpellation (SP Köniz) "Köniz sozial: mit einer Mietfachstelle die Könizer Mieterinnen und Mieter stärken"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Christian Roth (SP): Wie altersfreundlich ist die Gemeinde Köniz? „Eine vom Verein Senioren Köniz lancierte Umfrage liefert erste Antworten.“ Das ist der Lead eines Teils eines Interviews mit der Präsidentin Senioren Köniz und eines weiteren Vorstandsmitglieds. Das las ich in der Rubrik Logis plus, abgedruckt in einer der letzten Ausgaben der Könizer Zeitung. Ich werde auf die Aussagen der Umfrage zurückkommen. Zuvor beantrage ich jedoch Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

Christian Roth (SP): Ich habe Diskussion beantragt, weil das Thema bezahlbare Mieten in der Gemeinde Köniz insbesondere für ältere Menschen ein drängendes Problem ist und deshalb mehr als zwei Minuten Redezeit benötigt.

Der Verein Senioren Köniz hat vor einiger Zeit eine Umfrage unter allen Könizerinnen und Könizern vorgenommen, die älter als 63 Jahre sind. Sie sind zu den Themen Wohnen, soziale Integration, Angebote und Dienstleistungen, Mobilität und Verkehrssicherheit und Unterstützung durch die Gemeinde sowie Sicherheit im öffentlichen Raum befragt worden. 40 Prozent der Angeschriebenen haben teilgenommen, das ist doch ein respektable Rücklauf. Einige der Hauptaussagen dieser wertvollen Umfrage war, dass es an günstigem Wohnraum für ältere Menschen mangelt. Viele der Befragten befürchten, keine günstigen Wohnungen mehr zu finden, sollten sie ihr Zuhause aufgrund einer Renovation oder eines Neubaus verlassen müssen. Inzwischen liegen aus Fachschriften auch Facts vor, die auch für die Gemeinde Köniz Gültigkeit haben dürften. Ich hebe eine Zahl hervor: So betreffen beispielsweise 32 Prozent der Wohnungskündigungen Pensionierte zwischen 65 und 74 Jahren, diese machen jedoch nicht 32 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, sondern nur 12 Prozent.

Gleichzeitig ziehen ältere Menschen bei der Wohnungssuche öfter den Kürzeren, weil sie teilweise mit der Geschwindigkeit des Wohnungswechsels und dass Wohnungen oft nur im Internet ausgeschrieben sind, nicht mehr Schritt halten können. Eine Beratung auf Gemeindeebene könnte hier Unterstützung geben und namentlich den älteren Könizerinnen und Könizern bei der Wohnungssuche helfen und sie stärken.

Was meint der Könizer Gemeinderat zu dieser sozialen Zeitbombe? Ich zitiere: „Der Gemeinderat sieht keine Notwendigkeit für den Aufbau einer Mietfachstelle“. Er hat, das zeigen seine Ausführungen zur Interpellation, in meinen Augen das wirkliche Anliegen der Interpellanten nicht begriffen. Leider nützte es offenbar auch nichts, dass er sich mit der Beantwortung gehörig Zeit liess und die reglementarische Frist um fast einen Monat überschritten hat. Ich frage mich, ob es sein kann, dass dem Gemeinderat der Weitblick fehlt, über den Dezember 2017 hinauszuschauen. Leider hat der Gemeinderat nicht nur nicht verstanden, dass es bei einer Könizer Mietfachstelle nicht um Rechtsberatung oder um Schlichtungsfragen geht. Das ist durch die Schlichtungsbehörde Bern-Mittelland abgedeckt und der SP-Fraktion sehr wohl bekannt. Nein, der Gemeinderat machte sich auch nicht die Mühe, eine vertiefte Antwort zur Charakterisierung des Könizer Wohnungsmarkts zu erarbeiten. Hätte er dies vorgenommen, hätte er sich nicht mit Allgemeinplätzen bemüht, sondern z. B. festgehalten, dass der Leerwohnungsbestand in der Gemeinde Köniz 2015 bei 0,32 Prozent lag. Zu finden bei einer Websuche auf bfs.admin.ch. Das ist brutal tief, denn alles was unter der Quote von 0,5 Prozent liegt – das durften wir anlässlich einer Informationsveranstaltung der Gemeinde Köniz hören – stellt einen nicht funktionierenden Wohnungsmarkt dar und bedeutet Wohnungsknappheit.

Aus der Parlamentsvorlage entnehme ich auch keine Antwort auf die Erfahrungen, die Biel mit der neu gegründeten Mietfachstelle bereits gemacht hat. Ich frage mich, ob sich der Gemeinderat überhaupt in Biel erkundigt hat. Hat er sich darum gekümmert, eine brauchbare Antwort auf die gestellten Fragen zu formulieren?

Ich muss die Notbremse ziehen, weil es sonst nicht gut herauskommt. Ich könnte mich ob der teilweise neoliberalen Textbausteine, die ich lesen musste, weiter in Rage reden. Ich schliesse deshalb mit zwei Bemerkungen: Die Initiative „Bezahlbarer Wohnraum in Köniz“ hat mit dieser Antwort an Bedeutung gewonnen und dafür bin ich dem Gemeinderat dankbar. In der Gemeinde Köniz gibt es in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum noch viel zu tun. Ich schliesse mit der Feststellung, dass ich mich von der Antwort des Gemeinderats in keinster Weise als befriedigt erkläre.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt.

13. 1614 Interpellation (SVP) "Kosten Tour de Suisse 2015/Tour de France 2016"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Heinz Nacht (SVP): Ich lege meine Interessen offen: Ich habe an der Tour-de-Suisse-Veranstaltung in der Gemeinde Köniz aktiv mitgearbeitet. Das war aus meiner Sicht eine Superaktion, da sich die Gemeinde Köniz in einem guten Licht zeigen konnte.

Weshalb wurde die Interpellation eingereicht? Primär wollte die SVP-Fraktion wissen, welche Kosten die Veranstaltung wirklich ausgelöst hat. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt, weil die Hälfte der Fragen beantwortet worden sind, der Rest bleibt leider aus. Man definierte die Kosten für die Absperrungen und das Velofest im Zentrum von Köniz. Welche Kosten gemeindeintern angefallen sind, wurde leider nicht beziffert.

In diesem Zusammenhang Folgendes: Es wäre gut, wenn an solchen Anlässen viele Ehrenamtliche mithelfen könnten. Ich selber arbeite sehr viel ehrenamtlich, z. B. am GurtenClassic. Oft ist es für Ehrenamtliche aber hart zu sehen, dass jener der neben ihm arbeitet, Lohn bezieht. Ich nehme an, das geht uns allen so, denn auch wir arbeiten teilweise ehrenamtlich.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

14. 1415 Postulat (SP, Grüne) „Altes Schulhaus Schliern“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Ich zitiere Gemeinderat Thomas Brönnimann aus der Parlamentssitzung vom 9. Februar 2015, als wir die Antwort auf den Vorstoss diskutierten: „Der Gemeinderat kann positiv festhalten, dass das alte Schulhaus Schliern nicht zu einem Geisterhaus wird. Im Gegenteil, es wird zu einem Dornröschenschloss, das nun auf jeden Fall wachgeküsst worden ist.“ Mir scheint aber, dass hier offensichtlich etwas nicht klappte. Es kam kein wachküssender Prinz vorbei.

Der vorliegende Bericht des Gemeinderats an das Parlament enthält im Vergleich zur seinerzeitigen Antwort insgesamt zwei Neuigkeiten: Wir wissen nun, dass eine Gesamtsanierung wahrscheinlich 2,35 Millionen Franken kosten würde, anstatt der damals angeführten 2 Millionen Franken und dass ein sehr komplizierter Umlegevertrag mit 18 beteiligten Parteien besteht. Der Gemeinderat kommt heute zum Schluss, dass ein planerisches Konzept notwendig ist und vorher soll die Liegenschaftsverwaltung mit den anderen 17 Eigentümern verhandeln. So weit so gut.

Etwas aufschlussreicher war ein Zeitungsbericht in der Berner Zeitung vom 15. Juni 2016. Dort war zu lesen, dass Gemeinderat Urs Wilk das alte Schulhaus Schliern abreißen lassen wolle. Gemeinderat Urs Wilk wolle heute Abend gut zuhören, welche Variante - ich nehme an, Gesamtsanierung oder Abriss – mehr Zuspruch erhalte. Mir scheint es doch, dass wir uns hier in einer Märchenwelt bewegen, weil das Parlament plötzlich Fragen beantworten soll, die ihm so nie gestellt worden sind. Wenn ich ehrlich bin: Ich habe mir im Vorfeld zum Votum ernsthaft überlegt, ob zum vorliegenden Bericht überhaupt etwas gesagt werden kann oder vielleicht nicht eine Schweigeminute die passendere Antwort wäre. Ich entschied mich fürs Reden.

Ich stelle fest, dass seit Februar 2015 um das alte Schulhaus Schliern nicht viel passiert ist, ausser dass herausgefunden wurde, dass es kompliziert ist. Vielleicht ist jedoch mehr passiert als im Bericht festgehalten. Die Äusserungen, die der Berner Zeitung entnommen werden konnten, werfen einige Fragen auf. Es scheint, dass Pläne vorhanden sind. Auch im Jahresbericht 2015 der Gemeinde Köniz ist eine Studie zum alten Schulhaus Schliern erwähnt. Ich frage mich, ob der laut Papier zuständige Gemeinderat Thomas Brönnimann überhaupt über die scheinbar herumgeisternden Pläne informiert ist. Schlussendlich frage ich mich, ob der Gesamtgemeinderat den Bericht überhaupt gemeinsam besprochen hat.

Das vorliegende Postulat kann abgeschrieben werden, da kommt nicht mehr viel Gutes. Die Schlierner ParlamentarierInnen haben sich bereits zusammengesetzt. Anlässlich einer Sitzung zusammen mit dem Ortsverein Schliern ist ein neuer Vorstoss zustande gekommen, der am 20. Juni 2016 eingereicht worden ist. Dieser Vorstoss verlangt vom Gemeinderat eine ganzheitliche Planung des Zentrums von Schliern. Wir sind der Meinung, dass Schliern öffentliche Räume braucht, wie auch ein ansprechendes Zentrum. Wir wollen uns nicht immer aufs Neue abservieren lassen. Im Übrigen glauben wir in Schliern ganz sicher nicht mehr an wachküssende Prinzen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Ich halte hier fest, dass ich damals den Mund zu voll genommen habe. Es war kein Dornröschen im alten Schulhaus. Den Prinzen haben wir jedoch vorbeigeschickt.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Meine Vorrednerin hat bereits alles geäussert, das ich mir aufgeschrieben habe. Ich frage jedoch zusätzlich nach, was in der im Jahresbericht 2015 erwähnten Studie enthalten ist, was abgeklärt worden ist und zu welchen Schlüssen man gelangt ist. Gerne hätten wir zum Zeitungsbericht gewusst, ob es sich um die Einzelhaltung eines Gemeinderats handelt oder um die Meinung des Gesamtgemeinderats.

Das Zentrum in Schliern kann eine belebende Unterstützung gut brauchen und mit dem Motion 1618 „Zentrumsplanung Schliern – ganzheitlich!“ möchten wir Nägel mit Köpfen. Damit würde auch das Legislaturziel, „Stärkung der einzelnen Ortsteile“ unterstützt. Das alte Schulhaus Schliern ist ein sehr geeigneter Ort, um für die Schlierner Bevölkerung ein Quartierzentrum einzurichten. Wir sehen keine alternativen Standorte. Wir sehen auch, dass die Eigentumsverhältnisse Schwierigkeiten darstellen können, halten jedoch fest, dass die Eigentümer jahrelang eine andere Nutzung als Wohnen akzeptiert haben und es treuwidrig wäre, wenn sie plötzlich der Meinung sind, dass es nicht mehr zulässig wäre. Anders könnte es allerdings mit einer kommerziellen Nutzung aussehen.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung zu, weil wir der Meinung sind, dass mit der obgenannten Motion eine neue Geschichte begonnen werden muss.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Ich nehme an, dass der wachküssende Prinz mit einem lahmen Pferd unterwegs war. Vielleicht wäre es besser gewesen, er hätte ein Velo benützt.

Die bereits erwähnte Motion wurde von 25 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet. Fast alles ist bereits von meinen Vorrednerinnen gesagt worden. Ich habe ebenfalls Kenntnis von den Ausführungen im Jahresbericht 2015 zum alten Schulhaus Schliern genommen, wo Sanierungskosten von 2,35 Millionen Franken erwähnt sind. Auch die Studie ist mir aufgefallen. Wir gehen davon aus, dass diese uns aufgrund der neu eingereichten Motion zur Kenntnis gebracht wird. Dass dies nicht im ersten Semester 2016 der Fall sein wird, ist klar. Aus dieser Sicht empfehle ich dem Prinzen ein Velo zu benutzen, damit er früh genug vor Ort ist und das Dornröschen nicht weiter schlafen muss.

Es gibt noch viel zu tun, packen wir's an, jedoch etwas schneller als bisher.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Ich danke Annemarie Berlinger-Staub für ihr Votum, mit dem sie den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Ich selber habe eine grosse Beziehung zum alten Schulhaus Schliern, da ich 10 Jahre Präsident des Elternclubs Schliern war und damals noch eine Ludothek, eine Spielgruppe, die Musikschule und das Juk eingemietet waren. Absolutes Highlight war jeweils die „Ludonacht“, wo man mit 12-Jährigen, die zum Teil das erste Mal auswärts schliefen, übernachtete und Geschichten erzählte. Das alte Schulhaus Schliern ist nicht einfach ein Haus, sondern etwas Lebendiges.

Ich sehe die Probleme auch und vor allem ist kein Geld vorhanden. Damit ein möglichst offenes Feld vorhanden ist, war man in Schliern der Meinung, die Gemeinde arbeiten zu lassen. Meine grösste Angst ist nun, dass aus dem alten Schulhaus ein Dornröschenschloss wird. Ich frage den Gemeinderat an, ob man sich nicht doch eine Zwischennutzung vorstellen könnte. Rein aus feuerpolizeilicher Sicht ist meiner Meinung nach kein Problem vorhanden, ansonsten diskutieren wir darüber, ob die Lage im alten Schulhaus Niederwangen so viel anders ist als in Schliern. Ich bitte den Gemeinderat, hier bitte Gas zu geben und nicht zu viele Rosen ums alte Schulhaus Schliern wachsen zu lassen. Schliern braucht das alte Schulhaus im Zentrum von Schliern.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Die Beantwortung ist nicht allzu umfangreich ausgefallen, das gebe ich zu. Obwohl in Punkt 2 zum Thema Nutzungsbeschränkung ziemlich viel Essenz in diesem kurzen Abschnitt vorhanden ist.

Die Abteilung BSS (Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport) musste sich sehr schlau machen, mit der Unterstützung von anderen Abteilungen. Es liegt nicht auf der Hand, dass ein solches Planungsgeschäft der DBS zugeteilt wird, nur weil im alten Schulhaus Schliern zufälligerweise der Jugendtreff eingemietet ist – das ist unser Bezug. Abschnitt 2, Nutzungsbeschränkungen zeigt auf, dass das Geschäft planerisch äusserst komplex ist. Punkt 3 ist nicht allzu üppig gehalten und trotzdem zeigt er Ihnen die Grössenordnungen auf, wo Geld investiert werden muss, will man dasselbe leisten wie mit dem alten Schulhaus Niederwangen. Jetzt stellt sich die Grundsatzfrage: Macht es in Schliern Sinn? In Niederwangen machte es Sinn, weil man im Rahmen des Konzepts für das ganze Schulareal eine Verwendung für die Nutzung hatte. In Schliern ist bekannt, dass z. B. die Migros Ideen hat und es gibt Studien, Pläne oder sagen wir Ideenskizzen – auf diese bezieht man sich im Jahresbericht 2015 – wie das Areal zu nutzen wäre. Daraus kommt jedoch heraus, dass dies in einem unvereinbaren Zielkonflikt mit dem Erhalt des alten Gebäudes steht. Weil es sich jedoch um – wie bereits erwähnt worden ist – mehr als nur um ein Gebäude handelt, ist ein gewisser Wert für die lokale Identität. Schlussendlich wird die Politik die Frage beantworten müssen, ob man das Gebäude sanieren oder abreißen und ein Quartierzentrum oder Generationenhaus realisieren will. Ich bin gespannt, was am Ende dieses langen Prozesses herauskommen wird. Vielleicht nicht das Märchen Dornröschen, sondern in 80 Tagen – oder in 80 Jahren – rund um Köniz. Der Prozess wird lang sein.

Zum Thema Feuerpolizei: Gemäss meinen Informationen ist eine Zwischennutzung feuerpolizeilich nicht möglich.

Es ist in meinen Augen richtig, der beantragten Abschreibung des Vorstosses zuzustimmen und sich mit aller Energie der Motion zuzuwenden.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

15. Verschiedenes

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich informiere Sie, dass am 1. Juli 2016 die Power-Point-Präsentation und das Protokoll der Informationsveranstaltung zum Gegenvorschlag der Initiative Bezahlbar Wohnen in Köniz aufgeschaltet wird.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich lade Sie zu einem Vortrag am 30. August 2016 im OZK ein. Die Einladung legt auf Ihren Tischen auf. Der Fachstelle Energie ist es gelungen, einen absoluten „Crack“ zu verpflichten: Professor Anton Gunzinger gilt weltweit als einer der wichtigsten Vordenker was die globale Energiezukunft betrifft und er ist ein gefragter Mann. Wenn wir nicht unser Gewicht und die Leistungen von Energiestadt Gold hätten in die Waagschale werfen können, würde Professor Gunzinger nicht kommen. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass ein äusserst renommierter Wissenschaftler in der Gemeinde Köniz ein Referat hält. Ein Kommen Ihrerseits würde mich sehr freuen.

Am 4. August 2016 wäre Mani Matter 80 Jahre alt geworden. Wir haben dieses Datum zum Anlass genommen, den Mani-Matter-Platz zu taufen. Die Einweihung wird nicht an diesem Datum stattfinden, weil es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit auf dem kahlen Platz künstlerischen Schmuck anzubringen. Die Einweihung findet im Frühjahr 2017 statt, zusammen mit dem Fest für die sanierten Kirch- und Dorfstrasse. Sie werden dannzumal herzlich eingeladen.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Anlässlich der letzten Sitzung fragte Hansueli Pestalozzi, wie schwer die Lastwagen sein dürfen, um den Platz Bläuacker II zu befahren. Ich habe die statischen Berechnungen noch nicht herausgefunden, die Feuerwehr verlangt jedoch mindestens 18 Tonnen.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Eine Anregung an den Gemeinderat: Es geht um die Pressemitteilung, die wir letzte Woche zum Mani-Matter-Platz erhalten haben. Mich erstaunte, dass festgehalten wird, dass dieser Platz aufgrund einer Anregung aus dem Parlament zustande gekommen sei. Es handelte sich jedoch um einen vom Parlament erheblich erklärten Vorstoss. Ich bin der Meinung, dass dies auch so festgehalten werden kann, denn bei den Instrumenten des Parlaments handelt es sich nicht nur um Anregungen, sondern auch um Aufträge.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Es handelte sich um keinen Auftrag, sondern um ein Postulat, das erheblich erklärt worden ist.

Parlamentspräsident Markus Willi: Heute haben Sie eine Einladung für die gemeinsame Sitzung zusammen mit dem Stadtrat von Bern erhalten. Beide Gemeinderäte und Parlamente sind am 27. Oktober 2016 im Rathaus Bern eingeladen. Aus unserer Mitte haben sich zwei Mitglieder für ein Initialreferat zur Verfügung gestellt: Stefan Lehman und Iris Widmer. Ich danke beiden an dieser Stelle herzlich. Ich freue mich auf zahlreiche Anmeldungen, damit die Gemeinde Köniz gut vertreten ist, denn das Stadtparlament hat doppelt so viele Mitglieder.

Im Namen des Parlaments

Markus Willi
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament